



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 145-2026
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2026.GRPARL.389

Eingereicht am: 10.06.2026

Fraktionsvorstoss: Nein
Vorstoss Ratsorgan: Nein
Eingereicht von: Leuenberger (Uettligen, EVP) (Sprecher/in)
Hilty Haller (Bern, GRÜNE)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

Versorgungslücke für transportunfähige Personen: Wie stellt der Kanton Bern die hausärztliche Betreuung zuhause sicher?

Der Regierungsrat hält in seiner Antwort auf die Anfrage «Zulassung ausserkantonaler Hausarztpraxen für Hausbesuche im Kanton Bern: Besteht eine Versorgungslücke?» (Anfrage 36, 2026.GRPARL.89) fest, dass die Versorgungssituation für transportunfähige Patientinnen und Patienten eine besondere Herausforderung darstellt. Gleichzeitig liegen dem Kanton keine systematisch erhobenen Daten dazu vor, ob und in welchem Ausmass diese Personengruppe Schwierigkeiten hat, eine hausärztliche Betreuung zu finden.

Aus der Praxis werden jedoch Fälle bekannt, in denen Personen trotz zahlreicher Anfragen bei Hausarztpraxen und Ärztezentren keine hausärztliche Betreuung finden. Betroffen sind Menschen, die eine Arztpraxis aufgrund ihres Gesundheitszustands nicht oder nur unter unverhältnismässigem Aufwand aufsuchen können und nicht in einer Institution leben. Dazu gehören beispielsweise bettlägerige Personen, Menschen mit schweren körperlichen Behinderungen, Personen mit fortgeschrittenen neurologischen Erkrankungen, Menschen in palliativen Situationen oder Personen mit Erkrankungen wie ME/CFS, bei denen bereits geringe Belastungen zu einer erheblichen Verschlechterung des Gesundheitszustands führen können.

Diese Personen befinden sich häufig in einer schwierigen Situation: Sie benötigen hausärztliche Leistungen wie Diagnostik, Verlaufskontrollen, Medikamentenmanagement, Überweisungen, Zeugnisse oder medizinische Berichte für Verfahren der Invalidenversicherung und anderer Sozialversicherungen. Gleichzeitig liegt oftmals kein medizinischer Notfall vor, sodass Notfallstrukturen keine geeignete Lösung darstellen.

Der Kanton Bern verfolgt mit verschiedenen Strategien das Ziel, die ambulante Versorgung zu stärken und Behandlungen vermehrt dort zu ermöglichen, wo Menschen leben. Zudem werden

innovative Versorgungsmodelle wie «Hospital at Home» diskutiert oder erprobt. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie die hausärztliche Grundversorgung jener Personen sichergestellt wird, die ihr Zuhause nicht verlassen können und gleichzeitig keinen Hausarzt finden.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wer trägt aus Sicht des Regierungsrates die Verantwortung für die hausärztliche Versorgung von transportunfähigen Personen, die keine Hausarztpraxis aufsuchen können und trotz eigener Bemühungen keine Hausärztin oder keinen Hausarzt finden?
2. Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass solche Personen Zugang zu medizinisch notwendigen hausärztlichen Leistungen erhalten, insbesondere wenn ärztliche Beurteilungen oder Berichte für Verfahren der Invalidenversicherung, Ergänzungsleistungen, anderer Sozialversicherungen oder der Sozialhilfe erforderlich sind?
3. Liegen dem Regierungsrat Erkenntnisse darüber vor, wie häufig transportunfähige Personen im Kanton Bern Schwierigkeiten haben, eine hausärztliche Betreuung mit Hausbesuchen zu finden?
4. Teilt der Regierungsrat die Einschätzung, dass bei transportunfähigen Personen ohne Hausarzt eine Versorgungslücke entstehen kann, obwohl kein medizinischer Notfall vorliegt?
5. Wie beurteilt der Regierungsrat diese Situation vor dem Hintergrund seiner Strategie zur Stärkung der ambulanten Versorgung sowie der Förderung von Versorgungsmodellen wie «Hospital at Home»?
6. Welche Rolle können nach Auffassung des Regierungsrates Hausarztpraxen, ambulante Organisationen und Einrichtungen, Advanced Practice Nurses (APN), Spitex-Organisationen oder andere Leistungserbringende bei der Versorgung dieser Personengruppe übernehmen?
7. Ist der Regierungsrat bereit, die Versorgungssituation von transportunfähigen Personen ohne Hausarzt systematisch zu untersuchen und gegebenenfalls Massnahmen zur Schliessung bestehender Versorgungslücken zu prüfen?

Verteiler

– Grosser Rat